

Niederschrift	
über die Sitzung des	Bezirkstags
Nr.	02 / 2010
Datum	14. Dezember 2010
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn:	09:30 Uhr
Ende:	12 :05 Uhr

Anwesend sind

Vorsitzender:	Hr. BTP Mederer Fr. Bittner (stellv.BTP), Fr. Steinberger (wstv.BTPin)
Bezirkstagsmitglieder	siehe Anlagen (Anwesenheitslisten)
Regierung von Oberbayern	Hr. Hillenbrand (Regierungspräsident)
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Brinckmann, Hr. Kumetz, Hr. Schmitz, Fr. Erdmann, Hr. Rössler, Fr. Büllesbach, Fr. Neumann-Redlin, Hr. Sonntag, Fr. Goriß, Hr. Böhm, Hr. Zdarsky, Fr. Wenzig, Hr. Stepanek, Herr PR-Vorsitzender Schneider, Fr. Stenzel, Hr. Wirth
Einrichtungen	Hr. Spuckti
Entschuldigt	Fr. BRin Waldmann, Hr. BR Schneider, Hr. BR Brems, Fr. Haslberger
Protokollführung	Fr. Mettke/Fr. Wieser

T a g e s o r d n u n g

I. Öffentliche Sitzung:

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung	5
TOP 2	Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2011	5-6
TOP 3	Klinische Beteiligungen des Bezirks Oberbayern; Beteiligungsberichte Geschäftsjahr 2009	7
TOP 4	Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2010	7
TOP 5	Patientenfürsprecher der Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Neufassung der Satzung	7
TOP 6	Erlass einer Kostensatzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis	8
TOP 7	Bericht über die Beteiligungen des Bezirks Oberbayern in den Bereichen Wohnungsbauförderung, Kultur, Natur –und Landschaftspflege sowie über sonstige Beteiligungen im Jahr 2009	8
TOP 8	Vorstellung und Verteilung des ersten Sozialberichtes des Bezirks Oberbayern	8
TOP 9	Bekanntgaben und Sonstiges	9

Hr. BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gedenken an Herrn BR Meiler

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben:

Am vergangenen Wochenende ist unser Kollege, Bezirksrat Manfred Meiler, verstorben. Ein Schock für uns alle. Man steht hilflos und betroffen vor so einer überraschenden Nachricht. Manfred Meiler war seit 1998 im Bezirkstag. Wir haben ihn alle als leidenschaftlichen Kommunalpolitiker erlebt, der mit Vehemenz für die Dinge, die ihm wichtig waren, eingestanden ist. Ein Industriekulturmuseum für Oberbayern war sein Ziel, und dafür hat er gemeinsam mit einer interfraktionellen Gruppe viel Arbeit und Engagement eingesetzt. Er war aber auch Vorsitzender unseres Prüfungsausschusses und Verwaltungsrat im Kommunalunternehmen. Ratlos nehmen wir seinen Tod zur Kenntnis und wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen. Die auf richtige Anteilnahme gilt seiner Familie. Wir werden Manfred Meiler nicht vergessen.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 29.07.2010 wird ohne Einwände genehmigt.

TOP 2: Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2011

Auf der Basis der in den einzelnen Ausschüssen

- Bezirksausschuss am 21.07.2010
- Werkausschuss Kloster Seeon am 27.10.2010
- Bezirksausschuss am 24.11. und 01.12.2010

vorberatenen Unterlagen wurde für das Haushaltsjahr 2011 der Haushaltsplan mit allen Anlagen erstellt und die Festsetzungen in der Haushaltssatzung 2011 vorgenommen.

Nach der Rede des Bezirkstagspräsidenten zum Haushalt, der aller Fraktionen sowie der im Bezirkstag vertretenen Gruppierungen wird über den Haushalt 2011 mit Anlagen abgestimmt.

Die Reden zum Haushalt sind dem Protokoll beigelegt.
Es gilt jeweils das gesprochene Wort.

Hr. BTP Mederer (vgl. Anlage 1)

Hr. BR Asam

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 2)

Fr. BRin Neubauer

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 3)

Hr. BR Koppold

Die Fraktion Freie Wähler stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 4)

Fr. BRin Friedl-Lausenmeyer

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 5)

Hr. BR Prof. Dr. Weber

Die Fraktion der Linken stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 6)

Hr. BR Dorn

Die Fraktion der Bayernpartei stimmt dem Haushalt 2011 zu (Anlage 7)

Hr. BR Loy

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu (vgl. Anlage 8)

Beschluss	Für das Haushaltsjahr 2011 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.343.300.000 €
08/10	sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 56.650.000 €
	und dem Stellenplan zugestimmt.
	Das Umlagesoll beträgt 1.102.580.146,49 €. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2011 auf 23,70 v. H. festgesetzt.
	Dem Finanzplan 2010 bis 2014 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt.
	Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2011 des Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2010 bis 2014 und Investitionsprogrammen wird zugestimmt.
	Die Haushaltssatzung 2011 in der Fassung vom 01.12.2010 wird beschlossen.
	Abstimmungsergebnis: 60:4

TOP 3: Klinische Beteiligungen des Bezirks Oberbayern; Beteiligungsberichte Geschäftsjahr 2009

Das Gremium berät den gem. Art. 80 Abs. 3 BezO für das „Behandlungszentrum Kempfenhausen für Multiple Sklerose Kranke gemeinnützige GmbH“ erstellten Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2009, sowie die Berichte über die weiteren klinischen Beteiligungen.

	Der Bezirkstag nimmt von den Berichten über die klinischen Beteiligungen, Geschäftsjahr 2009 zustimmend Kenntnis.
--	---

TOP 4: Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2010

Gemäß § 6 Abs. 2 der Unternehmenssatzung der Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen (KBO) berichtet der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens halbjährlich den Bezirksgremien über den Verlauf des Geschäftsjahres, über wichtige Ereignisse und von seiner Tätigkeit.

	Der Bezirkstag nimmt den Bericht für das 1. Halbjahr 2010 der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“ zur Kenntnis.
--	---

TOP 5: Patientenfürsprecher der Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen; Neufassung der Satzung

Aufgrund der Neuschaffung der Aufgabe einer gemeinsamen Patientenfürsprecherin bzw. eines Patientenfürsprechers für das Heckscher-Klinikum und das Kinderzentrum München, sowie aufgrund einer arbeitsrechtlichen Neubewertung ist die "Satzung für die Patientenfürsprecher der Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen" zu ändern. Die Bezirksgremien diskutieren die Vorschläge und entscheiden über die Neufassung der Satzung.

Beschluss 09/10	Der „Satzung des Bezirks Oberbayern über die Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher in den Krankenhäusern des Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen“ wird in der Fassung vom 10.11.2010 zugestimmt. Die Satzung tritt mit Wirkung zum 01.01.2011 in Kraft.
	Abstimmungsergebnis: 64:0

TOP 6: Erlass einer Kostensatzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis

Für die Erhebung von Verwaltungskosten wie Mahngebühren und Vollstreckungskosten benötigt der Bezirk Oberbayern eine Kostensatzung.

Diese war in der Vergangenheit aufgrund der geringen Anzahl der Mahn- und Vollstreckungsfälle nicht notwendig.

Da allerdings in den letzten Jahren die Anzahl der Mahn- und Vollstreckungsfälle erheblich zugenommen hat und dies mit einem nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand einhergeht, sollte die Bezirkshauptkasse für diese Amtshandlungen zukünftig Verwaltungskosten festsetzen. Der Erlass einer Kostensatzung ist hierfür Voraussetzung.

Beschluss

10/10

Der Bezirkstag erlässt die Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungskreis (Kostensatzung).

Abstimmungsergebnis:

64:0

TOP 7: Bericht über die Beteiligungen des Bezirks Oberbayern in den Bereichen Wohnungsbauförderung, Kultur, Natur –und Landschaftspflege sowie über sonstige Beteiligungen im Jahr 2009

Der Bezirk hat jährlich einen Bericht über die Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen und dem Bezirkstag vorzulegen, wenn dem Bezirk mindestens der zwanzigste Teil der Anteile eines Unternehmens gehört. Vorliegender Beteiligungsbericht betrachtet rückblickend die Verhältnisse des Jahres 2009 auf der Basis gesicherter Unternehmensdaten.

Von dem Beteiligungsbericht 2009 nach Art. 80 Abs. 3 BezO wird zustimmend Kenntnis genommen.

TOP 8: Vorstellung und Verteilung des ersten Sozialberichtes des Bezirks Oberbayern

Der erste Sozialbericht des Bezirks Oberbayern im Rahmen der Gesamtsozialplanung wird vorgestellt und in gedruckter Fassung ausgeteilt. Eine Flyer-Version mit eingesteckter CD-Rom in größerer Stückzahl wird in Kürze fertig gestellt sein und kann bei der Stabstelle strategische Sozialplanung in der Abteilung II der Verwaltung bei Bedarf angefordert werden.

Hr. BR Prof. Dr. Weber verlässt die Sitzung um 11:55 Uhr.

Der Bezirkstag von Oberbayern begrüßt, dass der erste Sozialbericht im Rahmen der Gesamtsozialplanung des Bezirks Oberbayern für den Planungszeitraum 2011/12 vorliegt und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9: Bekanntgaben und Sonstiges:

- Hr. BTP Mederer teilt mit, dass Hr. Spuckti seinen Vertrag auf weitere 5 Jahre verlängert hat.
- Hr. Kumetz wird von Hr. BTP Mederer als neuer Leiter der Abteilung II vorgestellt.
- Hr. BTP Mederer teilt mit, dass weitere Bezirksmemories in der Pressestelle zu erwerben sind.
- Hr. Dr. Bruckmann vergibt den Pokal zum Haarathon des Bezirks Oberbayern

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt BTP Mederer um 12:05 Uhr die öffentliche Sitzung und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

Bezirk Oberbayern
München, 14.12.2010

Josef M e d e r e r
Bezirkstagspräsident

Fr. Mettke/Fr. Wieser
Protokollführung

Anlage 1

Haushaltsrede 2011 vom Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Zum Haushalt:

Anrede

Der Haushaltsentwurf 2011 ist bestens vorberaten. Er umfasst im VWHH über 1,343 Milliarden Euro und im VMHH 56,6 Mio. Wie immer sind weit über 90 Prozent davon im Sozialetat gebunden. Neuverschuldungen sind nicht vorgesehen. Der Haushalt wäre damit nicht genehmigungspflichtig.

In verschiedenen Ausschuss-Sitzungen haben wir die einzelnen Budgets durchgesprochen und auch bereits im Bezirksausschuss einen Empfehlungsbeschluss zur Bezirksumlage gefasst. Unser Kämmerer, Herr Rössler, hat in bewährter Weise im Vorfeld den einzelnen Fraktionen bereits ausführlich Rede und Antwort gestanden. Zuvor haben innerhalb der Verwaltung mehrere Runden in unterschiedlicher Zusammensetzung stattgefunden, um die einzelnen Mittelanforderungen zu überprüfen. Dieses Procedere zeichnet die Haushaltsaufstellung in jedem Jahr aus. Über mehrere Instanzen wird um Ansätze gerungen und am Ende ein Ergebnis ausgehandelt, dass verantwortungsbewusst und sparsam mit den Mitteln umgeht. Doch dieses Jahr war die Situation noch verschärfter, noch angespannter als in den Jahren zuvor. Bereits im Frühling, als sich die drastisch sinkenden Umlagezahlen ankündigten, habe ich in der Verwaltung den Auftrag erteilt, Vorschläge zu erarbeiten, wie wir Kosten einsparen könnten. Es gab ausdrücklich keinerlei Vorgaben: Alle Referate und Abteilungen im Haus und alle Einrichtungen waren aufgefordert, ohne „Schere im Kopf“ Vorschläge einzubringen. Also Vorschläge, die nicht politisch korrekt sein mussten, deren Umsetzbarkeit noch nicht überprüft war, usw. Herausgekommen ist ein umfangreiches Papier mit großen und kleinen Vorschlägen und Ideen. Vieles davon haben wir umgesetzt oder sind noch dabei; bei vielen Vorschlägen mussten wir aber erkennen, dass der Bezirk dazu Partner braucht, um wirklich etwas zu verändern. Und so will ich gleich mit meinen guten Vorsätzen fürs neue Jahr anfangen; heute sagt man dazu wahrscheinlich „Zielvereinbarung“. Ich habe so eine Zielvereinbarung mit mir selbst geschlossen: Ich möchte verstärkt mit der Landes- und der Bundespolitik ins Gespräch kommen.

In den Kostendämpfungspapieren der Verwaltung wird sehr stringent aufgelistet, wie im Laufe der Jahre die Belastungen der kommunalen Ebenen weiter und weiter gestiegen sind, indem Aufgaben von oben nach unten durchgereicht wurden. Oft werden der Umfang und die Qualität der Aufgabenerfüllung auch vom Land oder vom Bund vorgegeben, ohne auch nur einen Seitenblick auf die damit verbundenen finanziellen Konsequenzen zu riskieren.

Mir ist einmal mehr klar geworden, dass wir auf Bezirksebene zwar sparen können und weiter nach der Decke strecken, dass die entscheidenden Weichen aber im Landtag oder sogar im Bundestag gestellt werden. Und hier gibt es bei den Mandatsträgern immer noch ein gewaltiges Potenzial an „Informationsbedarf“, was die Bezirke leisten. Das gilt für die Abgeordneten aller Parteien: Das Wissen, welche Aufgaben die Bezirke erfüllen, ist zum Teil nicht sehr tief und sorgt immer wieder für Überraschungen.

Ich habe mir deshalb vorgenommen, im kommenden Jahr sehr intensiv dieses Feld zu beackern und die Kontaktpflege zu überregionalen Mandatsträgern zu intensivie-

ren – auch über meine Parteigrenzen hinaus. Und darum möchte ich Sie auch bitten, meine Damen und Herren: Aktivieren Sie Ihre Parteifreunde im Landtag und im Bundestag: sensibilisieren Sie sie für unsere Probleme!

Nun aber zurück zum Haushalt: Nachdem noch viel bedrohlicher Zahlen im Raum gestanden waren, mutet die tatsächlich Senkung der Umlagekraft in Oberbayern um 6, x Prozentpunkte auf einmal geradezu gering an. Wer mit einer zweistelligen Zahl rechnete, ist auf einmal erleichtert, wenn nur 6 Punkte herauskommen! Dazu kommt die gute Kunde vom Wirtschaftsaufschwung, von der steigenden Konjunktur, von den sinkenden Arbeitslosenzahlen! Auf den Bezirkshaushalt schlägt diese Entwicklung ja erst mit Zeitverzögerung durch. Für den Haushalt 2012 und 2013 sieht es also weder ganz positiv aus.

Meine Damen und Herren, halt! Ich möchte ganz ausdrücklich davor warnen, sich von der vermeintlichen Entspannung der Finanzen einlullen zu lassen! Auch wenn sich jetzt überall Erleichterung breit macht, wenn das Wirtschaftswachstum wieder anzieht, wenn man allenthalben hört, wir seien noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen: Die Bezirkshaushalte plagte ein viel größeres Problem, das in der demografischen Entwicklung und im kontinuierlichen Anstieg der Sozialkosten begründet liegt. Wir haben Prognosen für die Hilfe zur Pflege bis 2028 erstellt, die eklatante Fallzahlen und Kostenerhöhungen vorhersehen. Wir können ein stetiges Steigen der Fallzahlen im Eingliederungsbereich feststellen. Unser Finanzierungsproblem kann mit sprudelnder Konjunktur also nur gelindert aber nicht gelöst werden. Auch deshalb meine Zielvereinbarung! Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung werden wir den ersten Sozialbereich vorlegen. Für mich ist das ein Meilenstein. Dieser Sozialbericht ist eine erste Planungsgrundlage, wohin wir uns in Oberbayern mit unseren Leistungen und Angeboten entwickeln wollen. Eine solide Ist-Erhebung als Basis für zukünftige Planungen; dazu kommt die Umstellung des Sozialhaushalts auf Produkte. Ich verspreche mir davon gesicherte, valide Zahlen, damit das Bezirksschiff in Zukunft besser navigiert werden kann. Im Mittelpunkt der Hilfen muss die Personenzentrierung stehen. Jeder soll die Hilfe bekommen, die er individuell benötigt.

Anrede

Als sich im Frühsommer so langsam die Eckdaten für den Bezirkshaushalt 2011 abzeichneten und Herr Rössler einigermaßen gesicherte Aussagen abgeben konnte, habe ich diese Prognosen mit den Fraktionsvorsitzenden vorbesprochen. Wir haben uns gemeinsam – vorausgesetzt bestimmte Rahmenbedingungen würden beibehalten – auf eine Bezirksumlagenerhöhung von 2,7 bzw. 2,9 Prozentpunkten verständigt. Diese Prognose habe ich dann umgehend bei einem Treffen hier im München mit den Landkreisen und kreisfreien Städten besprochen. Durch Information der Landräte und Oberbürgermeister bzw. ihrer Kämmerer haben wir im Vorfeld Akzeptanz für die anstehende Umlagenerhöhung schaffen können. Das heißt nicht, dass die Umlagezahler gerne zahlen und dass nicht hier und dort ein Murren zu hören ist! Natürlich herrscht in den Kommunen keine große Freude darüber, aber durch die frühe Einbindung hatten diese immerhin eine gewisse Planungssicherheit. Aber der Ruf nach Abschaffung der Bezirke, der bisher immer so schnell und so bereitwillig erschallte, wenn es ums Geld ging, ist verklungen! Wir bemühen uns sehr, unsere Umlagezahler stärker einzubinden, ständig zu informieren und ihnen zu vermitteln, welchen Zwängen der Bezirk unterliegt und wofür wir die Umlage ausgeben. Wir wollen uns nicht länger auseinanderdividieren lassen. Für mich sind die Einladungen der Landräte und Oberbürgermeister in die Bezirksverwaltung lebenswichtige vertrauensbildende Maßnahmen, die auch bereits Erfolge zeigen.

Eine der Rahmenbedingungen, die wir immer genannt haben, war, der Artikel 15 FAG.:

Zum einen, das der neu ausgehandelte Verteilungsmodus bleibt und zum anderen, dass der Freistaat bei seinen Ausgleichzahlungen keine Kürzungen vornimmt. Trotz der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Landkreisen muss ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen: Wir hatten eigentlich ausgemacht, dass wir die Artikel 15 Beratungen im November abwarten und dann erst entscheiden, wie es mit der Klage gegen den Freistaat weitergehen soll. Hier bin ich von dem Vorpreschen einiger oberbayerischer Landkreise etwas überrascht worden. Letzte Woche haben neun Landkreise eine erneute Klage gegen den Freistaat eingereicht, ohne sich vorher mit uns rückzukoppeln. Die Bezirksverwaltung analysiert die Klageschrift gerade und wir werden uns selbstverständlich als Bezirkstag, auch intensiv politisch damit auseinandersetzen. Für den 24. Januar habe ich die Fraktionsvorsitzenden bereits zu einem ersten Abstimmungsgespräch eingeladen, damit wir bis zum ersten Bezirksausschuss Anfang März keine weitere Zeit verlieren.

Anrede

An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks Oberbayern richte ich meinen Dank für die Einsatzbereitschaft, die sie auch in diesem Jahr gezeigt haben. Die Stellsituation bessert sich ganz allmählich; daran arbeiten viele mit. Dennoch warne ich vor Euphorie: Ich könnte mir vorstellen, dass unsere Stellenbesetzungsproblematik ein erstes Anzeichen für die Personalgewinnungsprobleme ist, mit denen sich der öffentliche Dienst in den kommenden Jahren in noch viel größerem Umfang konfrontiert sehen könnte.

Im Besonderen bedanke ich mich heute natürlich bei Herrn Rössler und Frau Hirschhuber, die die Hauptlast der Haushaltserstellung tragen und jederzeit – auch krankheitsgeschwächt - geduldig Rede und Antwort stehen.

Ich danke aber auch Ihnen, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirkstag. Wir stehen heute alle ein bisschen im Bann von Manfred Meilers Tod und überlegen, wie wir damit umgehen sollen.

Anrede

Die Antrags- und Anfragendichte hier im Bezirkstag ist ungebrochen, aber wir können inzwischen damit umgehen. Ganz persönlich danke ich meinen beiden Stellvertreterinnen Uschi Bittner und Friederike Steinberger. Ich danke den Fraktionen dass es möglich ist, wichtige Themen mit den Fraktionsvorsitzenden anzureißen bzw, diese per Mail über aktuelle Sachverhalte kurzfristig zu informieren. Diese unkonventionelle Art der Information und des Meinungsaustausches weiß ich sehr zu schätzen. Als uns bekannt wurde, dass es Ungereimtheiten bei einem der beiden Vertragspartner bei Verkauf des Jugendstilparks gibt, haben wir die Fraktionsvorsitzenden zügig informiert. So will ich es auch in Zukunft beibehalten. Zum Jugendstilpark möchte ich aber heute noch einmal in öffentlicher Sitzung sagen, dass dem Bezirk bis zum heutigen Tag keinerlei Vermögensschaden entstanden ist.

Schlimmstenfalls könnten Zeitverzögerungen, die wir dann auffangen müssen; aber auch dann wird dies auf die Planungen und Baumaßnahmen des Isar-Amper-Klinikums keinen Einfluss haben. Im Übrigen werden alle Maßnahmen den Umlagezahler nicht belasten. Ich werde den Bezirkstag kontinuierlich über die weitere Abwicklung des Verkaufs informieren.

Anrede

Ihnen allen danke ich für Ihre Bereitschaft, sich intensiv auf Bezirksthemen einzulassen, die unangenehm, arbeitsintensiven genauso wie die erfreulichen!

Ich möchte Sie nun bitten, meine Damen und Herren Mitglieder des Bezirkstages von Oberbayern, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen. Für die Zusammenarbeit bedanke ich mich ausdrücklich.

Anlage 2

Haushaltsrede 2011 von Herrn BR Asam für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr verehrte Vizepräsidentinnen,
verehrter Herr Regierungspräsident,
verehrter Herr Bezirkstagspräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiter der Verwaltung meine sehr verehrten Damen und Herren

Eigentlich stehen wir seit vielen Jahren bei der HH-Aufstellung immer vor dem gleichen Problem d.h. wie finanzieren wir die ständigen wachsenden Aufgaben im Sozialbereich.

Die soziale Sicherung für betroffene Menschen die dringend auf Hilfen angewiesen sind, ist zu einem ständigen Finanzierungsproblem für uns geworden.

Dabei wäre alles so einfach, würden sich doch endlich unsere Landes- und Bundespolitiker intensiver mit dem Thema befassen und nicht nur bei öffentlichen Auftritten von der weiterhin unbestrittenen finanziellen Leistung für die sozialen Bedürfnisse der betroffenen Menschen reden.

Bei jährlich steigenden Ausgaben und dass seit 2005 um durchschnittlich 8 %, die ein jährliches Finanzierungsloch von rund 60 Mio. Euro produzieren, wird die Finanzierung dieser notwendigen (ich betone notwendigen Ausgaben) ohne Erhöhung der FAG-Mittel bzw. staatliche Aufstockung nicht mehr möglich, ja zumutbar sein.

Mit zumutbar, meine ich die Finanzierung über die Durchreichung mit weiteren Umlageerhöhungen an die Landkreise und Kommunen. Für das HH-Jahr 2011 müssen wieder 2,7 % Punkte Bezirksumlage erhöht werden und auch für die kommenden Jahre muss nach heutigem Kenntnisstand mit 1 – 2 % Punkte Erhöhung gerechnet werden.

Allein diese Erkenntnis zeigt schon eindeutig auf, dass dieses Finanzierungsmodell schon bald, eigentlich jetzt schon, an seine Grenzen stößt. Verstärkt noch dadurch mit der seit Jahren deutlich schlechteren Finanzausstattung der Kommunen.

Die kommunalen Einnahmen reichen bei vielen Städten und Gemeinden kaum noch aus um deren Pflichtaufgaben zu erfüllen. Bereits jetzt müssen bei allen bayerischen kreisangehörigen Städten und Gemeinden mehr als die Hälfte der Einnahmen über die Kreisumlage abgegeben werden. Daran wird mehr als deutlich, dass es so nicht weitergehen kann und darf. Es muss so schnell wie möglich ein anderes, gerechteres Finanzierungsmodell für Sozialleistungen geschaffen werden.

Allein die immer wieder ausgesprochenen Sparparolen lösen dieses Problem nicht. Wir haben es hier mit Menschen zu tun, die dringend auf Hilfe angewiesen sind und nicht mit sächlichen Dingen wie Maschinen oder sonstigem die man z.B. durch Stellschrauben effektiver gestalten kann.

Trotz gründlicher Überprüfung aller Sparmöglichkeiten bzw. Effizienzsteigerungen konnte verständlicherweise eine wesentliche Kostenminderung nicht erreicht werden.

Um den diesjährigen HH auszugleichen hat der Bezirk Oberbayern seine Rücklagen fast komplett auflösen müssen. Das wiederum bedeutet für die kommenden Jahre stehen keine Mittel mehr bereit. Die noch verbleibenden 870' € Rücklagen sind nur noch ein „Tröpfchen auf dem heißen Stein“.

Für den HH 2011 mit einem Volumen von rund 1,3 Mrd. € werden allein 1,1 Mrd. € durch Umlagen finanziert.

D.h. bei den in Zukunft zu erwartenden Steuereinnahmen werden sich die Einnahmeverluste wieder vergrößern und somit muss mit weiteren Erhöhungen des Umlagesatzes gerechnet werden.

Wie lange hält diese zusätzliche Belastung die kommunale Familie noch aus? Ich sage Ihnen, nicht mehr lange: Jetzt schon sind viele Kommunen nicht mehr in der Lage ihren Verwaltungshaushalt auszugleichen – geschweige den, notwendige Investitionen zu tätigen.

Deshalb müssen den Worten endlich Taten folgen.

Seit Monaten weise ich mit der SPD-Fraktion daraufhin, endlich mit einer **konzertierten** parteiübergreifenden Aktion gegenüber der Landes- und Bundespolitik aufzutreten.

Auch Bezirkstagskollege und Landrat Harald Kühn hat mich dahingehend in einer der letzten Bezirksausschusssitzungen unterstützt.

Aufgerufen sind auch alle Verbände und Institutionen, uns bei den Bemühungen zu unterstützen.

Es müssen endlich Finanzierungsmodelle auf den Weg gebracht werden, die zum einen den Entwicklungsprognosen im Sozialwesen und zum anderen der Finanzkraft von Städten und Gemeinden gerecht werden. Für die Einführung der Bundesleistungsgesetze wird es jetzt höchste Eisenbahn.

Also Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen machen wir uns auf den Weg!

Lassen Sie mich zum Ende meiner Ausführungen noch auf die politische Arbeit unserer Fraktion im abgelaufenen Jahr eingehen.

Ich denke wir sind unserem Wählerauftrag auch in dem sogenannten Kooperationsmodell verantwortungsbewusst nachgekommen. Bei vielen Entscheidungen haben wir in konstruktiven Verhandlungen auch unsere Positionen geltend machen können.

So sind wir zufrieden, dass es auch auf unseren Antrag hin bereits konkrete Planungen für die Schaffung eines **Clearing Heimes** mit 40 Plätzen für psychisch schwer kranke Patienten in enger Anbindung an das Isar-Amper-Klinikum gibt. Dadurch wird ein sog. weicher Übergang“ aus der gewohnten stationären Behandlung in andere Einrichtungen gewährleistet.

Auch haben wir uns konsequent mit der Unterstützung des Präsidenten für die Einführung der Ballungsraumzulage zur Verbesserung der Einkommenssituation der Beschäftigten im Münchener Raum sowie für die Aufnahme von Gesprächen mit den Gewerkschaften in Hinblick auf eine entsprechende Zulage für die Beschäftigten im Kommunalunternehmen eingesetzt.

Auch die Finanzausstattung der **Hinzuverdienstarbeitsplätze** war uns ein großes Anliegen und durch unser Mitwirken auch diese gesamtgesellschaftlich wichtige Ergänzung in seiner Form bestehen bleibt, ja sogar ausgebaut werden konnte.

Eine Ergänzung der Förderrichtlinien im Bereich der interkulturellen Begegnungsveranstaltungen war unser Anliegen. Wir sehen darin eine wichtige gesellschaftspolitische Ergänzung um unterschiedliche Kulturen näher zu bringen – ja sogar zu vereinen.

Zu dem mittlerweile leidlichen HMB-T Verfahren kann ich sagen, dass es von uns grundsätzlich mitgetragen wird – es aber dringend in der nächsten Zeit noch einer weiteren Begleitung bedarf, die das Verfahren zusammen mit den Ausführenden in den Einrichtungen optimiert.

Hierbei sind Verwaltung, Politik und Verbände gleichermaßen gefordert!

Die Schwerpunkte (im kommenden Jahr) sieht unsere Fraktion in der Umsetzung der **Inklusionsthematik**. Hierbei ist uns ein ständiger Dialog mit den Verbänden und Einrichtungen wichtig.

Nur so denke ich, werden wir auch zielführende Ergebnisse erreichen. Außerdem muss die seit längerer Zeit bald untragbare Unterbesetzung der Sozialverwaltung gezielt angegangen werden.

Hierbei sollten Veränderungen hinsichtlich der Qualifizierungsforderungen mit eventueller Zerlegung der Arbeitsplätze angedacht werden.

Was die stationäre Versorgung psychisch Kranker anbelangt fordern wir eine baldige Überarbeitung des seit langer Zeit (ich glaube zehn Jahre sind es bereits) erstellten Psychiatriekonzeptes für Oberbayern. Im Wesentlichen müssen zeitgemäße Antworten zur weiteren Dezentralisierung der zukünftigen stationären Versorgung gefunden werden.

Außerdem fordern wir eine umgehende Lösung der stationären Unterbringung von adoleszenten Jugendlichen im Inn-Salzach-Klinikum. Die bestehenden Verhältnisse, lassen nach unserer Meinung keinen weiteren Aufschub der Realisierung zu. Hier muss zusammen mit dem Sozialministerium eine kurzfristige Lösung gefunden werden.

Ständig veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten fordern uns stetig in den Bemühungen unserem Auftrag gerecht zu werden.

So freuen wir uns auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit mit allen politischen Vertretern in diesem Bezirkstag um gemeinsam mit einer engagierten Verwaltung das Notwendige für die Menschen, die unsere Unterstützung brauchen gewährleisten zu können.

In diesem Sinne danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen sowie der Verwaltung den Verbänden, Einrichtungen und Institutionen im Namen der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes, friedvolles Weihnachtsfest mit einem hoffentlich gesunden Jahreswechsel.

Sehr geehrter Herr Präsident, die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2011 zu.

Michael Asam
Fraktionsvorsitzender der SPD-Bezirksfraktion

Anlage 3

Haushaltsrede 2011 von Frau BRin Neubauer für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Demokratie braucht starke Kommunen!

Anrede...

- . Wo nur noch Schulden angehäuft, öffentliche Einrichtungen geschlossen werden und Sozialleistungen gekürzt bzw. nicht mehr erbracht werden können,
- I. Wo Bürgermeister zu Insolvenzverwaltern werden,
 - II. Wo über Standardabbau bei der Versorgung von Menschen mit Behinderung, von Menschen die auf gute Pflege und Betreuung in stationären Einrichtungen angewiesen sind, beschlossen wird,
 - III. Wo nicht mehr über Qualität, sondern nur noch über Zahlen gesprochen wird, da wird unsere Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert. Da keimt nicht die Demokratie, sondern der Verdruss an der Politik, an der Demokratie, am Gemeinwesen an sich.

Wenn es uns nicht gelingt, die Debatte über die Zukunft unseres Sozialstaats, auf dessen Errungenschaften wir alle gemeinsam stolz sind zu führen, dann werden die Verwerfungen noch größer. Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Gewinnern und Verlieren wird so groß, dass die entstehenden Spannungen nicht mehr aufzufangen sein werden. Wir müssen die Verantwortung der Steuerung übernehmen; das dürfen wir nicht der nächsten Generation zumuten; sie wird ohnehin mit vielfältigen Problemen belastet: Ich nenne hier exemplarisch die Bewältigung der immensen Schulden, die demographischen Entwicklung mit ihren vielfältigen Aspekten, die Bewältigung der Folgen des Klimawandels ..

Die Gemeindefinanzkommission wird die Lage der kommunalen Haushalte nicht verbessern. Den Vorschlag der Bundesregierung, den Kommunen Zuschläge auf die Einkommenssteuer zuzuweisen wird über die Parteigrenzen hinweg abgelehnt - und das zu Recht.

Allein die intransparenten Leistungen nach Art. 15 FAG werden uns hier keinen Schritt weiter bringen.

Die „Alle Jahre wieder“ kehrenden Verwerfungen zwischen den sieben bayerischen Bezirken über die Ausgestaltung des Verteilungsschlüssels sind ein Indiz dafür. Neben dem solidarischen Ausgleichsfaktor spielen zu viele lokale Besonderheiten und „alte“ Pfründe eine Rolle. Dass die Diskussion über eine Beteiligung an „Phase II“ der Popularklage mit allen Mitteln verhindert wurde, ist mehr als unschön. Wir fordern Sie erneut auf, dies endlich auf die Tagesordnung zu setzen. Es geht um Transparenz und Gerechtigkeit! Wir wollen weg vom System der Verteilung der Mittel nach Gutsherrenart!

Dass sowohl der Freistaat als auch der Bund wesentlich stärker in die Verantwortung genommen werden müssen, darüber herrscht in diesem Gremium weitgehend Einigkeit. Allein das politische Gewicht der Vertreterinnen und Vertreter der Mehrheitsfraktion in den bayerischen Bezirken, die ja noch an der Bundes- und

Landesregierung beteiligt sind, überzeugt nicht. Sie scheint in der Klasse „Fliegengewicht“ zu kämpfen. Ob wir in vertretbaren Zeiträumen ein Bundesleistungsgesetz bekommen werden, steht in den Sternen. Die öffentliche politische Debatte scheuen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, wie der Teufel das Weihwasser.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sozialhaushalt, unser Sorgenkind, mit geringem Gestaltungsspielraum, eindeutigen gesetzlichen Verpflichtungen, enormer Verantwortung und politischer Sprengkraft.

Wir wollen, dass die eingesetzten Gelder auch bei den Menschen ankommen, die sie benötigen. Eine bürgerfreundliche effektive Verwaltung ist dafür eine Voraussetzung – ebenso notwendig sind langfristig finanzielle Strategien; kein kurzfristiges Denken und Handeln in Haushaltsjahren, kein Schielen nach den nächsten Wahlen.

Wir haben dafür zu sorgen, dass diejenigen, die auf Leistungen durch den Bezirk Oberbayern angewiesen sind, diese mit möglichst wenig bürokratischen Hürden, transparent, schnell und gerecht erhalten. Das gilt für eine gute und gleichmäßige Versorgungslandschaft sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum, das gilt für die Vereinbarungen mit den Leistungserbringern ebenso wie für die einzelnen Leistungsberechtigten; Eltern und ihre Kinder, Menschen mit Behinderungen oder ihre gesetzliche Vertreter.

Was wir in den vergangenen Jahren erlebten ist zwiespältig. Auf der einen Seite das Bemühen um strukturelle Verbesserungen und erste zarte Pflänzchen der Steuerung (hier ein herzliches Dankeschön für den ersten Sozialbericht – wir werden uns später noch darüber unterhalten). Auf der anderen Seite knallharte Diskussionen über den Abbau von Standards, die Absenkung von Personalschlüsseln in höchst sensiblen Bereichen, hier seien die Förderstätten erwähnt, das äußerst ungeschickte Agieren beim Thema Zuverdienst, wo die „Kuh“ nur nach massivem politischen Druck „vom Eis geholt“ werden konnte. Und eine Einzelfallbearbeitung, die in Sachen Kundenorientierung Mängel aufweist.

Die Anzahl der anhängigen Rechtsverfahren bei den Sozialgerichten und die Schiedsstellenverfahren sind viel zu hoch! Häufig genug wird die Rechtsauffassung des Bezirks Oberbayern nicht geteilt; neben den Nachzahlungen ist der verursachte Imageschaden nicht unbeträchtlich.

Es entsteht der Eindruck, dass bei Neuverhandlungen im Hintergrund eine 10-prozentige Leistungskürzung steht. Das Kind wird dann individueller Hilfebedarf genannt - aber bei der Gesamtschau landen wir dann bei 10 % Minus. Wir wehren uns gegen unbegründete Kürzungen!

Stattdessen müssen neue Strukturen aufgebaut werden, die der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht werden und die alten Strukturen ergänzen und gegebenenfalls auch ersetzen können.

Das ist eine Herausforderung, der wir uns jetzt stellen müssen - die Entwicklung von alternativen Konzepten zusammen mit den Betroffenen, den Betroffenenvertretern, den Einrichtungen und Verbänden. Gemeinsam kann es gelingen, ein neues Kapitel bei der Eingliederungshilfe im Sinne der Behindertenrechtskonvention aufzuschlagen.

Gespannt darf man sein, ob und wann der Freistaat Bayern mit einem eigenen Aktionsplan Stellung beziehen wird. Zu befürchten ist ein „wasch mich, aber mach mich nicht nass!“ - Also von jedem etwas, nur weh darf es keinem tun. Auch von

Europäischer Ebene dürfen wir mit einer eigenen Interpretation und Vorgaben, mit einem Aktionsprogramm, rechnen. Umso wichtiger ist es, dass der Bezirk Oberbayern sich intensiv auseinandersetzt und früh die richtigen Weichen stellt. Umsteuerung von stationär zu ambulant - ich bin mir sicher, dass der Antrag der GRÜNEN ein richtiges Signal gesetzt hat - gemeinsam kommen wir dem Ziel einer wohnortnahen Versorgungsstruktur näher.

Äußerst spannend und kritisch ist die Frage der Zukunft der Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Wenn auf der einen Seite Inklusion steht und wir auf der anderen Seite erleben, dass der Aufnahmedruck in den Werkstätten enorm zunimmt. Der steigende Druck aus dem ersten Arbeitsmarkt zeigt seine Wirkung; immer mehr Menschen können die Anforderungen nicht mehr erfüllen und sind auf Werkstattplätze angewiesen, wenn sie nicht gleich in die Rente und damit häufig in Armut und Isolation geschickt werden. Das ist unseres Sozialstaats nicht würdig, widerspricht dem Grundrecht auf Arbeit und der UN-Konvention!

Mit den Werkstätten ist wieder der partnerschaftliche Dialog zu suchen. Der Werkstattentag hat es deutlich gezeigt, dass einiges im Argen liegt. Wir brauchen neue, kreative Modelle und eine fachlich fundierte Klärung insbesondere mit den Arbeitsagenturen.

Psychiatrie:

In Anbetracht der steigenden Fallzahlen in der Psychiatrie fordern wir einen angemessenen Ausbau der ambulanten niederschweligen sozialpsychiatrischen Versorgung.

Besonders erfreulich, dass ein 'Ambulant Psychiatrische Pflegedienst' in Gemeinschaft mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband und dem Sozialpsychiatrischen Zentrum gegründet wurde. Wir glauben, dass solche Kooperationen der richtige Weg in die Zukunft sind.

Zu den Kliniken:

Die Kliniken sind offensichtlich auf einem guten Weg, wenn auch weiterhin viele Herausforderungen auf diesem Weg zu meistern sind. Ich erinnere nur an die Dezentralisierung, an die Zusammenführung der Klinik München Ost auf das Gelände von Haar I, die Pläne für ein zentrales Gebäude am Inn-Salzach-Klinikum und an die „Expansion“ der Heckscher Klinik unter anderem mit ihrer Außenstelle in Wasserburg für Heranwachsende.

Dass es nach zähen Verhandlungen gelungen ist, in Schwabing eine Abteilung des Isar-Amper-Klinikums zu implementieren, ist sehr erfreulich.

Auch Fürstenfeldbruck ist hoffentlich auf der Zielgeraden angekommen. So dass es endlich nicht mehr heißt „Im Westen nichts Neues“.

Neben den DRGs bzw. OPS' *(so heißt das System für die Psychiatrie, das demnächst eingeführt werden soll)* werden sich die Kliniken auch weiter mit der Ausweitung der ambulanten Versorgung befassen müssen. Hier sind auch die Krankenkassen gefragt, die sich seinerzeit aus der Finanzierung der SPDis verabschiedet haben. Kliniken und die Träger der Eingliederungshilfe müssen sich bei der Versorgung ergänzen.

Mit dem Kommunalunternehmen als Dach, haben wir die Kliniken so aufgestellt, dass all diese Vorhaben möglichst in einem Gesamtkontext umgesetzt werden können.

Etwas Wasser muss dennoch in den Wein gegossen werden: Bei der Frage der EDV hätten wir uns mehr Entschlossenheit gewünscht, waren doch die Alarmglocken permanent und immer lauter zu hören. Es stellt sich die Frage, was uns dieses Wegschaun, das Zaudern und Zögern gekostet hat; an materiellen Ressourcen und

an Reibungsverlusten innerhalb der Verwaltung. Dankenswerterweise haben hier die Ministerien für Soziales und Finanzen nachgeholfen.

Energie, Bauen und Umwelt:

Die Klimaveränderung ist zu einer existenziellen Herausforderung für uns alle geworden und erfordert jetzt Maßnahmen.

Nachdem im Jahr 2009 unsere Anträge zu diesem Themenkomplex noch auf wenig Gegenliebe gestoßen sind, gibt es im Jahr 2010 Hoffnungsschimmer. Die Dachflächen der bezirkseigenen Liegenschaften grundsätzlich mit Photovoltaikanlagen auszurüsten ist ein erster Erfolg.

Wir haben Leitlinien zum nachhaltigen Bauen und Sanieren eingebracht und ein umfangreiches Positionspapier dazu vorgelegt.

Wir werden viel Augenmerk auf die Umsetzung dieses Antrags legen, denn für uns ist nachhaltiges Bauen ein Kernstück wirkungsvoller Energiepolitik.

Positiv zu erwähnen ist, dass die Bezirkshauptverwaltung jetzt endlich nahezu komplett barrierefrei wird und auch die künftige Wärmeversorgung für die Schule in Garmisch nun unseren Vorstellungen entspricht.

Kultur und Jugend:

Die Kürzungen im Kulturbereich geschahen in Abstimmung mit den Einrichtungen. Trotzdem gibt es auch da Grenzen; weitere Kürzungen bedeuten Einschränkungen der hochwertigen Arbeit unserer bezirkseigenen Einrichtungen und der vielfältigen Initiativen, die wertvolle Arbeit vor Ort leisten.

„Offene Baustellen“ sind nach wie vor die Arbeiter- und Industriekultur und die Popkulturberatung. Im kommenden Jahr muss klar werden, was wir gestalten und realisieren wollen. Eine Grundsatzdiskussion über Strategie und Ziele bezirklicher Kulturarbeit tut Not!

Wir begrüßen es, wenn sowohl unsere Verwaltung als auch der Verband der Bezirke deutlichere Worte z.B. zum Thema Witikobund findet. Damit dürfen Sie gerne offensiver umgehen!

Erfreulich ist, dass auch in Zeiten knapper Kassen die Mittel für die bezirkliche Jugendarbeit nicht gekürzt wurden. Kontinuierliche, verlässliche, qualitativ hochwertige Jugendarbeit ist ein Garant für sozialen Frieden in unserer Gesellschaft.

Personal:

Wir alle wissen, dass eine motivierte Mitarbeiterschaft das Fundament für erfolgreiche Arbeit ist.

Mit unserem Antrag zur Personalentwicklung, haben wir deutlich gemacht, dass wir diesem Thema allerhöchste Bedeutung beimessen.

Sorge bereitet uns die nach wie vor die viel zu hohe Fluktuation. Wir fordern Sie auf, den Ursachen konsequent nachzugehen. Ausschließlich an der bescheidenen Bezahlung in den meisten Entgeltgruppen kann es nicht liegen – denn damit haben andere öffentliche Arbeitgeber schließlich auch zu kämpfen. Arbeiten Sie gemeinsam mit ihren Führungskräften daran, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerne beim Bezirk Oberbayern arbeiten, - und das tun Sie, wenn ihnen in der täglichen Arbeit Wertschätzung entgegen gebracht wird, wenn ihnen Fortbildungsangebote gemacht werden, wenn Ihnen Perspektiven aufgezeigt werden, wenn Personalentwicklung und Leitbild keine Worthülse bleibt, sondern mit Leben gefüllt wird.

Würdigung des Haushalts:

Wir sehen die Notwendigkeit, die Bezirksumlage anzuheben, um den Aufgaben gerecht zu werden. Nichtsdestotrotz bleibt für uns ein schaler Beigeschmack; wir sehen erhebliche Potentiale bei der Steuerung im Sozialhaushalt, zum Teil die falschen Signale und wir sehen nach wie vor Defizite in der politischen Auseinandersetzung. In der Bewertung kann man daher auch zu einer unterschiedlichen Haltung kommen. Gemeinsam trägt meine Fraktion die Anhebung des Hebesatzes, der Gesamthaushalt wird mehrheitlich mitgetragen.

Dank:

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Einrichtungen und der Kliniken, dem Personalrat, dem Präsidium und den Mitgliedern des Bezirkstags darf ich Namen der Fraktion ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit danken. Ich wünsche Ihnen frohe Festtage und einen guten Rutsch, auf dass wir mit neuen Kräften im kommenden Jahr die Herausforderungen aufnehmen können.

Anlage 4

Haushaltsrede 2011 von Herrn BR Koppold für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kollegen, sehr geehrte Herren Präsidenten und Vizepräsidentinnen,

im Namen der Freien Wähler Fraktion will ich einige Anmerkungen zum Haushaltsplan 2011 machen, aber um es vorweg zu sagen, wir werden dem Haushalt 2011 zustimmen.

Nach zwei ablehnenden Haltungen der Vorjahre haben wir in den Vorberatungen in den einzelnen Ausschüssen, den Eindruck gewonnen, dass in diesem Jahr kein „getürkter“ bzw. hin gerechneter Haushalt entstanden ist.

Ich möchte auf einige Punkte hinweisen, die zwar nicht unseren Vorstellungen entsprechen, die zwar wenn man „kleinlich“ ist, eine Ablehnung rechtfertigen würden, aber in der Summe ist das Zahlenwerk, das uns unserer Kämmerer vorgelegt hat, zustimmungswürdig.

Die Rücklagenentwicklung ist nicht zufrieden stellend und zwar in der Vergangenheit wie für die Zukunft. Den starken Personalaufbau in den letzten Jahren, war auch nicht in unserem Sinne, aber bei der diesjährigen Beratung im Personalausschuss hat man deutlich die Handschrift unseres Präsidenten gemerkt.

Dass keine neuen Schulden gemacht werden, ist sehr erfreulich. Die Steigerung des Hebesatzes der Bezirksumlage ist ein Wermutstropfen für uns, aber wenn man die Aufgaben des Bezirkes betrachtet, unvermeidlich. Leider schreibt die Regierung die Aufgaben der Bezirke vor, legt die Standards fest, aber die finanzielle Unterstützung bleibt aus. Sie bleibt mit viel Kampf und starken Argumenten gerade mal gleich hoch (s. Verhandlungen bei den Finanzausgleichszahlungen (FAG)). Ich verweise hierzu auf die Grafik in den Haushaltsblättern auf Seite 10.

Noch ein kurzer Ausblick in den Finanzplan, der mir sehr wichtig ist, denn gerade die Zukunft wird uns beschäftigen, nicht nur der aktuelle Haushaltsplan.

Die Steigerung der Bezirksumlage im Finanzplan ist ersichtlich, ob allerdings auch der Hebesatz steigt, ist nicht ersichtlich, prognostiziert ist er, aber welche Höhe ist ungewiss. Da die Steuer- und Umlagekraft der Städte und Gemeinden überwiegend gestiegen ist, überwiegt bei uns die Hoffnung, soweit der Bezirk mit den Finanzen sorgsam umgeht, dass eine Hebesatzerhöhung in 2012 vermeidbar ist bzw. deutlich geringer ausfällt, als zuletzt genannt.

Im Finanzplan stehen dauerhafte größere Investitionen im EDV-Bereich, Investitionen im Schulzentrum München wirken noch nach und bei der Glentleiten stehen größere Baumaßnahmen an. Der Krankenhauszweckverband Ingolstadt investiert kräftig und auch hier ist der Bezirk mit im Boot. Das Kultur- und Bildungszentrum

Kloster Seeon fordert seinen Preis, aber die ganz große Investition liegt bei Haar I, dass zwar teilweise mit Einnahmen aus der Grundstücksveräußerung, wiederum in Haar, geschultert wird, aber auch dieser Grundstücksverkauf muss erst ordentlich über die Bühne gehen.

Soviel zu unseren Anmerkungen hinsichtlich des Haushaltsplanes 2011. Wir bedanken uns bei der Kämmerei, insbesondere bei Herrn Rösler für die Erstellung des Haushaltes 2011 und auch bei der gesamten Verwaltung, dass dieses Werk zustande kam.

Dankeschön.

Rudolf Koppold
Bezirksrat

Anlage 5

Haushaltsrede 2011 von Frau BRin Friedl-Lausenmeyer für die Plenarsitzung am
14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Bezirkstag - Plenum am 14.12.2010
Haushaltsrede FDP Fraktion, Sigrid Friedl-Lausenmeyer

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als FDP Fraktion haben wir das letzte Haushaltsjahr, wie ich glaube sagen zu können, besonders intensiv begleitet. Dies hat sich auch niedergeschlagen in einer doch großen Zahl von Anträgen, was in diesem Haus möglicherweise etwas ungewöhnlich war und was sicher für die Verwaltung zu einiger Mehrarbeit geführt hat. An dieser Stelle gleich ein Dank, dass wir häufig sorgfältig ausgearbeitete Beschlussvorlagen und ein allzeit offenes Ohr für unsere Anliegen gefunden haben. Dem folgt umgehend der Hinweis, dass unser Interesse, unsere Kreativität und unser Wille, uns politisch einzumischen, mit Sicherheit auch im Jahr 2011 nicht nachlassen wird.

Ein Hauptthema des Bezirks in diesem Jahr waren die Themen Einsparungen und Kostendämpfung. Betreffend Einsparungen sind wir im Gespräch mit unseren Landes- und Bundespolitikern, denn die entscheidende Weichenstellung findet auf diesen Ebenen statt. Seien Sie sich, Herr Präsident, bei der Beackung dieses Feldes unserer Unterstützung gewiss. Bei den vielfältig genannten Einsparpotentialen wird bei den meisten nur durch die Gesetzgeber eine gewisse Linderung gegeben sein. Unser Hauptziel muss ein Bundesleistungsgesetz sein.

Bezüglich Kostendämpfung hat es leider über einen längeren Zeitraum eine gewisse Entfremdung zwischen Verwaltung und Leistungserbringern gegeben. Da Einsparungsmaßnahmen bei auslaufenden Leistungsvereinbarungen einseitig gekürzt worden sind, wurde Vertrauen verspielt. Dies schlug im Frühjahr bei den Presseberichten über die Pfennigparade für den Bezirk leider negativ zu Buche. Die transparente Kommunikation mit den Trägern ist Voraussetzung für eine solidarische Zusammenarbeit - auch wenn freilich die unterschiedlichen Interessenlagen sicher oft harte Verhandlungen zeitigen, die jedoch niemals zu Lasten der betroffenen Menschen gehen dürfen.

HMB-T-Verfahren

Erst eine (auf Drängen von den Grünen und der FDP) einberufene Sondersitzung des Sozialausschusses konnte eine erste Entspannung und den Neustart von Kom-

munikation erreichen, nachdem die Angelegenheit Pfennigparade die Missstände des Miteinanders aufgedeckt hat.

Dies führte weiters zu einer Beschäftigung des Sozialausschusses des Bayerischen Landtags mit einstimmiger Beschlussfassung, keine Kürzungen vorzunehmen.

Im Ergebnis wurde die HMB-T-Arbeitsgruppe eingesetzt, die, wenn auch teilweise erzwungen, aber immerhin zu einem gewissen Kompromiss hinsichtlich des Einschätzungsverfahrens für die Besucher von Tagesstätten gelangt ist. Wir als FDP-Fraktion sind nach wie vor skeptisch, wir sehen einen hohen Personalaufwand für Bezirk und Trägerseite. Hier sind Probleme zu befürchten, da sich das Einstufungsverfahren nach Einschätzung von Experten auf bis zu 5 Jahre erstrecken wird und durch Fachpersonal sowohl von den Trägern als auch vom Bezirk durchgeführt werden soll und muss. Allerdings soll nach wissenschaftlichen Grundsätzen eine regelmäßige Kontrolle der Einstufung zu einer echten Bedarfsgerechtigkeit führen und daher spätestens alle 2 Jahre wiederholt werden. Dies scheint schwerlich durchführbar und selbst Versuche dazu dürften mit einem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand verbunden sein.

Die Geeignetheit des HBMT-Verfahrens für mehrfachbehinderte Menschen mit einer zusätzlichen Sinnesbehinderung ist nach wie vor fraglich. Ein Paradigmenwechsel weg von einrichtungszentrierter Förderung hin zu individueller Personenförderung - wie von der BRK gefordert - wird damit nicht gelingen. Hier ist Bedarf zum Nachjustieren erkennbar.

Leider beobachten wir, dass hier kein Einzelfall vorliegt, sondern in der Breite die Verhandlungen bei auslaufenden Verträgen nicht wieder aufgenommen werden und so einseitig Fakten geschaffen werden, die eine faire Auseinandersetzung zwischen uns als Sozialhilfeträger und unseren Partnern, den Leistungserbringern, nur noch schwer aufrecht erhalten lässt. Offene Diskussion von Leistung und Qualität im Verhältnis zu den Kosten muss zukünftig ermöglicht werden. - Dies gilt übrigens auch im Bereich Hilfe zur Pflege.

Dabei sehen wir eine Kontrolle durch den Kostenträger als etwas völlig normales an. Es ist schwer nachvollziehbar, warum eine Rahmenvereinbarung zur Einrichtung von Prüfungsrechten des Bezirks so schwierig anzunehmen ist. Es gibt zwar bereits erste Rahmenvereinbarung zum Kontrollrecht, hier ist weiter an einer konstruktiven Zusammenarbeit zu arbeiten, um das verloren gegangene Vertrauen der beteiligten Parteien wieder so herzustellen, dass solche Selbstverständlichkeiten, wie eine Überprüfung, wieder möglich sein können.

Mit Blick auf das Einstufungsverfahren für Werkstattgänger hat man auf Landesebene nach jahrelangem Ringen endlich eine Lösung gefunden. Zuletzt war es ja nur noch Schwaben, das sich nicht in der Lage sah, dem zuzustimmen. Dies zeigt aber auch auf, dass man sehr wohl bei guter Kommunikation selbst auf Landesebene Bezirke übergreifend zu guten Ergebnissen zu Gunsten der Betroffenen gelangen kann und das gibt uns Mut für das Jahr 2011.

BRK Herausforderungen

Inklusion ist das große Thema der Zukunft. Die BRK stellt eine große Herausforderung dar. Dabei ist die größte Einzelherausforderung, bei der sich auch der Bezirk in die Diskussion gegenüber dem Freistaat einbringen muss, in Zukunft das Thema „inklusive Bildung“. Es sind noch Visionen zu entwickeln, wie den Anforderungen der

BRK Rechnung getragen werden kann, um insbesondere schon durch die richtige Weichenstellung bei der kindlichen Bildung die Grundsteine für ein Leben in Teilhabe an der Gesellschaft weitestgehend zu ermöglichen.

Aktuell besuchen 20% der Behinderten eine Regelschule und 80% eine Förderschule. Das mittelfristige Ziel muss die Umkehrung dieses Verhältnisses sein. Auf den Besuch der Regelschule als Angebot und ernsthafte Option besteht ein Anspruch, hier sind wir als Bezirk direkt bei eigenen Schulen gefordert.

Wir müssen auch neue Wege wagen und nicht nur die Orientierung hin zu den Regelschulen für die Betroffenen fordern, sondern auch die Förderschulen für Kinder ohne Behinderung („Regelkinder“) öffnen, um das Zusammenleben zu lernen und als selbstverständlich zu erleben. In der Praxis arbeiten ja bereits - noch in kleinem Rahmen - einige Förderschulen bereits erfolgreich.

Wir alle wissen, dass gerade die Anfangsbemühungen viel Geld kosten werden. Um so wichtiger ist es, nicht aus den Augen zu verlieren, dass jeder hier eingesetzte EURO für die Gesellschaft 10-fach zurück kommen wird.

Für die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention muss der Bezirk zwingend die Entwicklung eines Aktionsplans angehen, wie es die Konvention vorsieht.

Eingliederungshilfe

Was die Eingliederungshilfe anbelangt, ist ist das Pilotprojekt Weilheim/Schongau, wie die Berichterstattungen und Veranstaltungen im Jahr 2010 zeigten, höchst erfreulich. Das Beispiel sollte Schule machen, eine Ausdehnung der Ergebnisse auf ganz Oberbayern sollte das Ziel sein.

Wir freuen uns auch über die Herausgabe des ersten Sozialberichtes. Allerdings ist hier die Herausforderung, nun auch neben der Bestandsaufnahme politische Zielvorstellung zu entwickeln. Die Diskussion darf sich dabei nicht nur „Einsparung“ und „Kostendämpfung“ drehen, sondern auch um Qualität für die Betroffenen.

Psychiatrie

KBO-KU hat sich wieder bewährt. Erfreulich ist der weitere Ausbau der gemeindenahe psychiatrischen Versorgung und sehr lobenswert: Ein Pilot-Projekt wurde zusammen mit SPZ in München auf den Weg gebracht, ein ambulanter psychiatrischer Pflegedienst, der erste seiner Art in Bayern. Möge das Beispiel Schule machen.

Die Kapazitätsprobleme beim Krisendienst München und dem Atriumhaus (fehlendes Personal, dringende Notwendigkeit der Ausweitung der Öffnungszeiten) wurde erkannt: nicht zuletzt auch auf Antrag der FDP-Fraktion zur Einrichtung einer GSV-Projektarbeitsgruppe.

Die Zusammenarbeit von ambulant und stationär kommt voran; vorbildhaft ist auch das Konzept der Brückenkonferenzen. Hier ist unsere Forderung, die Brückenkonferenzen auf alle Sektoren auszuweiten.

Das zweite Symposium des KBO zur Gerontopsychiatrie hat aufgezeigt, dass KBO und Bezirk zu aktuellen Fragestellungen gut aufgestellt sind und sich an die Spitze der Diskussion zu aktuellen Problemen stellen können. Auch für die Kliniken will hier der Bezirks aktiv tätig werden: Die Gerontopsychiatrische Kompetenz ist bei den

KBO vorhanden, der Bezirk kann hier als Vorreiter aktiven Beitrag leisten für dieses unausbleibliche Zukunftsthema.

- FDP-Fraktion die Haltung des BTP unterstützen, sich gegenüber dem Sozialministerium verstärkt mit Blick auf ambulante Wohngemeinschaften mit Demenzerkrankten Personen zu positionieren: Hier muss die Staatsregierung die Gesetzeslücke endlich schließen; die Beteiligten nur auf den Gerichtsweg zu verweisen ist mehr als unbefriedigend. Es darf der Anspruch nicht aufgegeben werden, das Problem auf politischem Weg zu lösen!

Personalpolitik

Die Bemühung der Verwaltung um sparsames Haushalten in der Personalpolitik sind absolut lobenswert, besonders hervorzuheben das umsichtige und zurückhaltendes Vorgehen der Verwaltung bei der Beantragung neuer Stellen, und ebenso dass zahlreiche Maßnahmen eingeleitet wurden, um die vakanten Stellen wieder zu besetzen.

Sichtlich ist es aber auch notwendig, die über 40 freien Stellen allein in der Sozialverwaltung zu besetzen, da es aufgrund des fehlenden Personals gegenüber allen Beteiligten zu Unzulänglichkeiten kommt, was sich auf Effizienz und Effektivität auswirkt und andererseits auch suboptimale Antragsbearbeitung bedeuten kann.

Haushalt

In unserer Fraktion hatten wir heftige Diskussionen, als Problem sahen wir insbesondere den Sozialhaushalt wegen des unserer Meinung nach schwer durchführbaren HMB Verfahrens. Die allermeisten unserer Fraktion werden dem Haushalt jedoch nunmehr zustimmen.

Was wir uns wünschen würden:

- Einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung: Hinwendung zu Effizienz, Umstrukturierung, Management, Gestaltungswille. Das alles führt zu einer anderen Richtung und zu einem anderen Haushalt und einer Diskussion über Qualität.
- Dass sich die Gremien entschließen können, einem weiteren Antrag von uns im nächsten Jahr zur Errichtung einer Gedenktafel für die Opfer der Euthanasie zuzustimmen. Der Bezirk tut viel dafür in seinen Einrichtungen, das ist bekannt, aber aus der „Zentrale“ kamen seinerzeit die Anweisungen zu den verwerflichen Handlungen - ein Erinnern daran in diesem Haus würde das Thema einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich machen.

Mir bleibt, einen herzlichen Dank aussprechen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der die Verwaltung für Freundlichkeit und Fairness, besonderer Dank gilt dem Kämmerer Herrn Rössler. Und Dank an die Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen für die - von unterschiedlichen Auffassungen getragene Abstimmungen unberührt gebliebene, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Anlage 6

Haushaltsrede 2011 von Herrn BR Prof. Dr. Weber für die Plenarsitzung am
14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

10 Milliarden in die Bayerische Landesbank – im Sozialbudget wird gespart!

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen

1. Ins Lob an die Bezirksverwaltung können wir LINKEN nicht einstimmen. So liegt seit November 2009 eine Anfrage bezüglich der Olympia-Bewerbung 2018 bei der Bezirksverwaltung, ohne dass diese bisher geantwortet hätte. Ich darf an die Geschäftsordnung erinnern: Eine Anfrage eines Bezirksrats muss innerhalb 3 Wochen beantwortet werden! Ich kann Ihnen auch den Grund nennen, wieso meine Anfrage nicht beantwortet wird: Die Bezirksverwaltung hat sich dazu verstiegen zu behaupten, die Olympiabewerbung sei nachhaltig und würde auch die Region bereichern. Grund unserer Anfrage waren nun empirische Belege, welche diese Aussagen stützen würden. Würde die Bezirksverwaltung ehrlich sein, müsste sie zugeben, dass sie – wenn man nicht dazu lügen sagen will – die Aussagen einfach frei erfunden hat!
2. *Zum Haushalt:* Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die LINKE würden einem Haushaltsplan zustimmen, wenn er sozial, menschlich und zukunftsweisend wäre. Dieser vorgelegte Haushalt ist Ausdruck dessen, dass sich CSU und SPD ein weiteres Mal von der Landesregierung eine Kürzung haben aufdrücken lassen. Es gibt keine kommunale Finanzkrise, wie es uns weisgemacht werden soll: Es werden nur weiterhin Gelder umverteilt – an die Wohlhabenden immer mehr geben und von den Armen nehmen. Die Reden von Herrn Asam (SPD) und Herrn Loy (CSU) im letzten Jahr scheinen dieses Jahr schon wieder vergessen: „Wir dürfen nicht nachlassen, immer wieder eine höhere Finanzausweisung durch den Freistaat zu fordern“ / Wir brauchen eine höhere Finanzausweisung / Wir können unsere Aufgaben nur meistern, wenn wir höhere Finanzausweisungen bekommen“ heißt es in der Rede von Herrn Loy. Herr Asam sagte gar, dass der Bezirk dann nicht mehr arbeitsfähig sei („Wir sind am Ende der Fahnenstange angekommen“). Auffallend sind zwei Dinge: A) Die Herren und Damen aus der CSU tun so, als wären sie in einer anderen Partei und die Landes-CSU habe nichts mit der Mittelverteilung an die Bezirke zu tun. Es ist die CSU, welche die Bezirke dazu zwingt, Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsetat vorzunehmen! B) In allen Beratungssitzungen zum Haushalt war festzustellen, dass SPD, CSU, FDP und sogar die GRÜNEN von einem schweren Gedächtnisschwund heimgesucht wurden: Kein Wort über den Skandal, dass das Land Bayern 10 Milliarden Euro in die Landesbank pumpen musste und kein Wort darüber, dass für 10 Milliarden Euro zusätzlich gebürgt wurde. Die behinderten und sozial schwachen Menschen im Bezirk müssen Kürzungen hinnehmen, weil die CSU-Vertreter im Verwaltungsrat der Landesbank mit dafür gesorgt haben, dass sich der neofaschistische Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, in Klagenfurt ein Fußballstadion hat bauen lassen! Verantwortung für diesen Skandal über-

3. Was den Kulturbereich betrifft, so können wir nur feststellen, dass der Bezirk Jahr für Jahr enorm wichtige Projekte und Institutionen (auch bezirkseigene) fördert und unterstützt. Im Jahr 2010 konnten wir uns bei einem Besuch im Oberbayerischen Volksmusikarchiv davon überzeugen, wie effektiv und mit großer Sachkenntnis die wissenschaftliche und praktische Arbeit dort geleistet wird. Die Kritik der FDP an zuviel an staatlicher Förderung wird durch diese öffentlichkeitswirksame und die Menschen begeisternde Arbeit ad absurdum geführt. Hier wird eher zu wenig als zuviel gefördert! Allerdings ist eine kritische Nachfrage zum Kultur- und Sportetat zu stellen: Wie kann es sein, dass die Schützenvereine ca. 25% aller Fördermittel erhalten, wenn ihre Mitglieder – gemessen an der Gesamtmitgliederzahl aller Sportverbände in Oberbayern – nur 3,5% ausmachen. Finanziert hier die CSU ihre Klientel, ohne dass ersichtlich wäre, dass diese das Geld überhaupt benötigt?
4. Was die UN-Konvention zur Inklusion der behinderten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens betrifft, so fordere ich Sie auf, endlich aufzuhören mit ihren Aussagen von den Menschen die nicht „auf der Sonnenseite des Lebens“ stehen würden. Wenn Sie das Recht auf Selbstbestimmung der behinderten Menschen ernst nehmen, dann sollten Sie nicht davon ausgehen, dass behindertes Leben keine Sonnenseiten hätte. Jeder Mensch, der in dieser Gesellschaft lebt, hat Anspruch, als einzigartiger Mensch anerkannt zu werden. Mitleid- und Beileidsäußerungen in der Alltagssprache aufgrund einer Behinderung tragen ebenso zur Stigmatisierung bei wie die Verschlechterung der Unterstützung für ein menschenge-rechtes Leben.
5. Das Gerede von Weihnachten als Fest der Liebe wird täglich in der Lebens-praxis der Menschen widerlegt. Weihnachten – die Geburt eines jüdischen Anarchisten, der sich gegen die Fremdherrschaft der Römer mit seinen Kum-panen auflehnte – ist vielmehr, das können Sie im Lukasevangelium sehr schön nachlesen, ein Fest der Flucht und Vertreibung. An diesen Tagen spricht die bayerische Sozialministerin Haderthauer davon, die Flüchtlinge hier – die armselig und in vermoderten Unterkünften hausen müssen – würden ihr Gastrecht missbrauchen, wenn sie gegen diese zustände protestierten. Dazu kann man nur sagen: Wenn Maria und Josef unter CSU-Bedingungen Asyl beantragt wurden, dann würde Weihnachten ausfallen...

Prof. Dr. Klaus Weber

Anlage 7

Haushaltsrede 2011 von Herrn BR Dorn für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren Präsidenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist schon viel verlangt, einem Haushaltsentwurf mit einer Umlagesteigerung von gut 2 %, erheblich anwachsenden Zahlungen im Sozialbereich und gleichzeitiger Reduzierung der freiwilligen Leistungen zuzustimmen – und doch bleibt keine andere Möglichkeit. Schuld daran ist eine falsche und kurzsichtige Finanzausstattung der Bezirke durch Land und Bund und so bleibt für den diesjährigen Haushaltsentwurf keinerlei Spielraum; das geht nach dem Motto „Wer nur eine Wurst im Kühlschrank hat, braucht sich keine Gedanken zu machen, was er zum Abendessen kocht.“ Umso mehr ist Herrn Rössler und seiner Mannschaft Dank zu sagen für die Leistung, in diesem beengten Spielraum überhaupt einen tragfähigen Haushalt auf den Weg gebracht zu haben.

Auch zeigt ein Rückblick auf das letzte Jahr, dass doch vieles nach vorne gekommen ist im Bezirk: Die Dezentralisierung der psychiatrischen Versorgung macht weitere Fortschritte, die Entwicklung im Schafhof ist als sehr erfreulich zu bezeichnen, in Denkmalschutz, Heimatpflege, Kultur- und Sportförderung wurde mit vergleichsweise geringen Mitteln viel erreicht. Und da stehe ich auch zur Schützenförderung. Gerade die Schützenvereine verbinden Tradition mit sportlicher Betätigung, gerade hier findet Jugendarbeit statt, gerade hier hat auch Behindertenintegration einen hohen Stellenwert. Und es verwundert schon sehr, dass da Kritik ausgerechnet von Ihnen kommt, Herr Kollege Weber: Gegen den Landesverband der Linken ist ein oberbayerischer Schützenverein eine pazifistische Aktivistengruppe!

Stichwort Inklusion: Wir sind uns alle einig, dass die Gestaltung dieses Prozesses das große Thema der nächsten Jahre sein wird. Freilich besteht hier noch erheblicher Diskussionsbedarf: Gerade im schulischen Bereich sehe ich auch Grenzen der Inklusion, die im Interesse der Kinder auch eingehalten werden müssen.

Die Inklusionsdebatte wirft aber auch die Frage nach der Finanzierung auf. Und hier ist nicht zu übersehen, dass in der Haltung gegenüber Bund und Freistaat in der großen Kooperation keineswegs Einigkeit besteht: Während Sie, Herr Präsident, einen moderaten Kurs verfolgen, auf Landes- und Bundespolitiker einwirken und diese für die Bezirksbelange sensibilisieren wollen, sprechen Sie, Herr Kollege Asam, bereits von der Aufkündigung der Solidarität durch die Kommunen. Gerade in diesem Punkt aber brauchen wir gegenüber der Staatsregierung eine einheitliche Linie! Hier gilt das Wort des Apostels Paulus, der einmal an die junge Christengemeinde von Philippi schreibt: „Unum corpus estote et unus spiritus“ – ein Körper sollt ihr sein und ein Geist. Ein Körper und ein Geist – und nicht, wie in dieser Frage die große Kooperation – zwei Körper und kein Geist!

Über diese sachlichen Aspekte hinaus soll aber, gerade so kurz vor Weihnachten, das positive und konstruktive Arbeitsklima im Bezirk, auch über die Parteigrenzen hinweg, nicht unerwähnt bleiben. Dies gilt besonders auch, Herr Präsident, für Ihre kollegiale Art der Sitzungsleitung in den Ausschüssen.

Möge unsere Arbeit auch im nächsten Jahr in diesem Sinne weitergehen – zum Wohle des Bezirks und unserer oberbayerischen Heimat!

Anlage 8

Haushaltsrede 2011 von Herrn BR Loy für die Plenarsitzung am 14.12.2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushaltsrede

Josef Loy

Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bezirkstag von Oberbayern

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Regierungspräsident,
verehrter Bezirkstagspräsident,
verehrte Vizepräsidentinnen,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich und die CSU-Fraktion unser tiefes Mitgefühl und unsere Betroffenheit ausdrücken am Abschied von Bezirksrat Manfred Meiler aus unserem Kollegium, unserem Bezirk Oberbayern und seinem Erdenleben. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie und der SPD-Fraktion. Wir behalten Manfred Meiler in respektvoller Erinnerung.

Das Jahr 2010 geht seinem Ende entgegen.

Wir halten Rückschau auf das Erreichte, blicken verantwortungsvoll auf das kommende Jahr, setzen dafür Ziele und schaffen mit dem vorliegenden Haushaltentwurf die notwendigen Grundlagen.

Der Bezirk Oberbayern ist Teil der kommunalen Familie und weiß sich mittlerweile dort stark eingebunden.

Dank dem Einsatz unseres Bezirkstagspräsidenten sind die Aufgaben, die wir täglich bewältigen, Teil der kommunalen Sprache geworden. Gemeinden, Städte und Landkreise sind sich unserer Bedeutung vermehrt bewusst geworden.

Im sozialen Feld spielen wir eine tragende Rolle, die mit großem Einsatz aller Verantwortlichen ausgefüllt und erfüllt wird. Dabei ist uns der einzelne Mensch mit seiner Persönlichkeit und seiner Eigenart der Maßstab für den notwendigen Hilfebedarf. Wir tun das in der Sorge um eine möglichst gesicherte Teilhabe am tägli-

chen Leben, um ein selbst bestimmtes Leben und um die dafür gesicherte finanzielle Grundlage.

Dabei müssen wir auch verstärkt darauf hinwirken, dass neben all den gesetzlichen Verpflichtungen auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortung Teil der Teilhabe sein muss.

Gesicherte finanzielle Grundlagen ermöglichen uns die Aufgaben in Bildung, Kultur und Sozialem zu schultern.

Die Finanzverwaltung hat dazu wieder ein umfassendes Haushaltswerk mit Budgetvereinbarungen, Einzelplänen im Verwaltungs- und Vermögensbereich ausgearbeitet und heute zur Abstimmung vorgelegt.

Ich darf mich zusammen mit der CSU-Fraktion bei Ihnen Herr Rössler und Ihrem ganzen Finanzteam herzlich bedanken für die Vorbereitung, die verantwortungsvolle Planung und die wirtschaftliche Überwachung unserer Finanzen.

Der Bezirkshaushalt umfasst ein Volumen von 1,4 Mrd. Euro, gegenüber 2010 eine Steigerung von 40,0 Mio. Euro. Die Ausgaben im Verwaltungshaushalt steigen um 6,19% ca. 70 Mio. Euro. Dagegen sinken die Aufwendungen im Vermögenshaushalt von 83,0 Mio. Euro auf 57 Mio. Euro.

Aus 2009 müssen wir einen Verlust von 13,4 Mio. Euro abdecken. Insgesamt steigt jedoch der ungedeckte Bedarf von 1,04 auf 1,10 Mrd. Euro, der über FAG-Zuweisungen und vor allem durch die Umlagezahler, also Städte, Landkreise und Gemeinden aufzubringen ist.

Das Ergebnis aus den FAG-Verhandlungen ist zwar nicht befriedigend aber aus unserer Sicht hätte es schlimmer werden können. Wenn in allen Bereichen des Staatshaushaltes die Ausgaben reduziert werden müssen, so ist die Finanzausstattung für die kommunale Ebene sogar um 61 Mio. Euro gestiegen. Das ist schon eine positive Anerkennung wert.

Die FAG-Zuweisung für die Bezirke ist bei 583,6 Mio. Euro geblieben. Innerhalb der Bezirke ist es erneut gelungen die Parameter weiter den wirklichen Aufwendungen und den tatsächlichen Gegebenheiten anzugleichen. So werden wir in Oberbayern ca. 110 Mio. Euro aus dem Bezirksfinanztopf erhalten. Insgesamt aber ist diese Finanzausstattung angesichts der steigenden Sozialausgaben viel zu wenig. Deshalb sind wir alle zusammen aufgefordert verstärkt unsere Stimme gegenüber Bund und Land zu erheben und mit Gesprächen, Verhandlungen, Öffentlichkeitsarbeit unsere Situation zu erläutern und transparent darzustellen.

Hier gilt der Dank der CSU-Fraktion für den kraftvollen Einsatz unseres Bezirkstagspräsidenten die Bezirksaufgaben, die Kosten und die künftige Entwicklung bei allen Gelegenheiten massiv zu vertreten und für Verbesserung unserer Situation einzutreten.

Bei dieser Gelegenheit auch einen besonderen Dank unserer Pressestelle für die großartige Pressearbeit. Die Darstellung unserer Arbeit nach außen wird in Zukunft immer wichtiger, damit wir breit wahrgenommen werden.

Dass wir verantwortungsvoll mit den finanziellen Mitteln umgehen ist bei der Entwicklung der Personalausgaben deutlich sichtbar. Dort sind nur die allernotwendigsten Steigerungen eingeplant. Für die Stellenmehrung um 6,4 Vollzeitkräfte gibt es von unserer Fraktion Zustimmung. Allerdings ist der Blick auf die Personalgewinnung, die Weiterbildung und die Besetzung der offenen Stellen zu richten. Dort sollen weitere Verbesserungen erreicht werden. Dank an dieser Stelle dem Personalreferat, der Stabstelle und dem Personalrat für ihre Arbeit und ihren Einsatz.

Verehrte Damen und Herren,

das Kernstück, die Hauptaufgabe unserer Verantwortung liegt im sozialen Bereich. 2011 werden dafür 1,231 Mrd. Euro benötigt. Dabei steigt die Ausgabe um real 74 Mio. Euro, das sind knapp 7,0%. Stagnation oder gar Rückgang ist nicht zu erwarten. Die Ausgaben sind allesamt größtenteils gesetzlich verankert und führen mit der Bezirksumlage von über 1,1 Mrd. Euro zu einer verstärkten Belastung der Kommunen. Das kann nicht so weitergehen.

Wir als CSU-Fraktion fordern deshalb und dabei lassen wir auch nicht locker, eine ausgeglichene Lastenverteilung auf Bund, Land und Kommunen von je einem Drittel der bereinigten Sozialausgaben.

Dass der Verband der Bayerischen Bezirke, der Gemeindetag, der Landkreistag, der Städtetag und auch so manche Sozialpolitiker aus dem Freistaat inzwischen in das gleiche Horn blasen, stimmt uns zuversichtlich und ist der Beharrlichkeit unserer gebetsmühlenartigen Darstellung der Tatsachen geschuldet.

Nach außen uns selbstbewusst darstellen ist das Eine. Das Andere ist auch für einen bedarfsgerechten Einsatz der Mittel zu sorgen. Einige Bereiche sind in diesem Jahr erfolgreich bearbeitet worden und werden auch künftig unsere kritische Begleitung erfordern. Dabei setzen wir ganz klar auf den personenbezogenen Hilfeinsatz. Das ist für uns Ausdruck der Umsetzung von Inklusion.

Die Mobilitätshilfe geht direkt an die Betroffenen, also personenbezogen. Erste Zwischenergebnisse haben gezeigt, es ist machbar und auch praktisch umzusetzen. Im kommenden Jahr werden wir einen längeren Zeitraum überblicken und das künftige Verfahren festlegen können.

Teilhabe bedeutet auch hier verantwortungsvollen Einsatz und Umgang mit direkten Finanzhilfen.

Änderungen in den Zuverdienstregelungen waren gefordert und es ist auch hier eine abgestimmte Regelung in engagiert geführten Verhandlungen erreicht worden mit einem Stück mehr an Eigenverantwortung für die Einrichtungen. Uns gelingt damit die Errichtung weiterer Zuverdienst Arbeitsplätze, ohne dass die Ausgaben gesamt ansteigen.

Den weiten Bereich der Sondertatbestände sind wir gemeinsam angegangen und haben schließlich einen Arbeitsauftrag für ein neues System bis 30.06 2012 beschlossen mit gleichzeitiger Absenkung der Personalstellen und ganz wichtig, der Beibehaltung von 80% der ursprünglich, ohne fundierte Grundlage, festgesetzten 100% Sondertatbestände und das dafür nötige Personal.

Förderstätten und HMB-T-Verfahren, geprägt von langen Diskussionen unterschiedlicher Positionen, Zweifel an dem Verfahren der Einstufung, Sorge um die Personalausstattung, die Qualität der Hilfeleistungen und die humane Betreuung der betroffenen Personen haben uns dabei begleitet. Auch hier hat uns klar der Blick auf die einzelne Person, auf den Menschen mit seinem individuellen Hilfebedarf geleitet. Das ist und bleibt Grundlage unseres Hilfeansatzes. Mit einer schonenden Übergangszeit und behutsamer Umstellung in den Einrichtungen wird es uns gelingen – davon bin ich überzeugt – dass wir einen bedarfsgerechten Einsatz der Finanzmittel erreichen. Dazu braucht es Stehvermögen und Zukunftsverantwortung. Dank an die Mitglieder im Sozialausschuss, aus der SPD, der Freien Wähler und unserer Fraktion für die Entscheidung. Wo, verehrte Vertreter der Grünen und der FDP, ist eure Forderung nach Steuerung, nach Vorgaben aus dem politischen Bereich für die Bewältigung unserer Aufgabe geblieben? Diese Forderungen haben euch selbst überholt und jämmerlich im Stich gelassen. Es ist halt notwendig, die Fahnen auch gegen den Wind zu stellen in der Gewissheit das Ziel einer durchaus notwendigen Veränderung fest im Blick zu halten.

Der Werkstättentag 2010 hat zu einem intensiven Austausch mit den Einrichtungen, der Verwaltung und der Politik geführt. Diese Kommunikation ist in allen Bereichen notwendig. Und nicht nur Kommunikation sondern auch Transparenz der Arbeit und Offenheit im gegenseitigen Austausch. Wir wollen Partner der Einrichtungen sein und unsere Mittel verantwortungsvoll dort einsetzen wo Hilfe gebraucht wird. Das gilt für alle Bereiche der sozialen Welt.

Dank an unsere Sozialverwaltung für die Bewältigung dieser äußerst wichtigen Aufgabe der Hilfe für Menschen die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Der erste Sozialbericht liegt nun in umfassender Ausarbeitung mit der Bestandserhebung und der Grundlage vor. Der nächste Schritt ist die Ausarbeitung von Planungs- und Steuerungsvorgaben. Das ist eine große Herausforderung und bedeutet auch viel Abstimmung, Diskussionen und Planungsgespräche in Oberbayern. Für den vorliegenden Sozialbericht danke ich und die CSU-Fraktion vor allem Herrn Sonntag mit seinem Team für die fundierten Erhebungen und die Ausarbeitung. Der weiteren Entwicklung wünsche ich Lebendigkeit und Akzeptanz.

Verehrte Damen und Herren,

kann die Arbeit unseres Kommunalunternehmens als eine Erfolgsgeschichte beurteilt werden? Diese Frage muss mit einem klaren JA beantwortet werden. Federführend in vielen Bereichen der klinischen Versorgung psychisch kranker Menschen können wir durchaus mit Zufriedenheit und Stolz auf unser Kommunalunternehmen mit allen angeschlossenen Bereichen blicken. Und die tägliche Arbeit wird immer wieder ergänzt durch wichtige und notwendige Ausblicke und Zielfestlegungen auf die Zukunft. Die Regionalisierung schreitet voran. Peißenberg, Fürstenfeldbruck, Schwabing, Pasing sind ortsfeste Beweise.

Weitere Herausforderungen wie Psychosomatik, Autismus, ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen, Gerontopsychiatrie Demenz werden konsequent angenommen und federführend entwickelt. Dabei liegt uns die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Kliniken am Herzen. Die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen so-

matischen Kliniken muss deswegen nicht leiden. Aber wir sind aufgefordert unseren Bereich sicher und ordentlich zu gestalten.

Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kommunalunternehmen für ihren wertvollen und humanitären Einsatz an unseren kranken Mitmenschen.

Danke auch für die Sorge und Einsatzbereitschaft für eine wirtschaftliche Führung des Unternehmens und den erkennbaren Erfolg.

Besonderer Dank gilt dabei Ihnen Herr Spuckti.

Das Bieterverfahren für die Entwicklung von Haar II ist beendet. Die Verträge geschlossen. Jetzt gilt es Schritt für Schritt mit allen Vertragspartnern, sowie der Gemeinde die Bauleitplanung voranzubringen und zeitnah umzusetzen. Zusagen und Verträge sind einzuhalten. Dort wo wir Schwierigkeiten erwarten werden wir sie gemeinschaftlich lösen ohne dass der Bezirk davon Schaden erleidet.

Verehrte Damen und Herren,

der Bezirk Oberbayern schafft und unterhält Einrichtungen die für das kulturelle Wohl unserer Bevölkerung lebensnotwendig sind. Dazu zählen unsere Schulen und kulturellen Einrichtungen.

Unser Bildungs- und Ausbildungszentrum in Johanneskirchen ist uns dabei sehr wichtig. Vor wenigen Tagen konnten wir die neue Werkhalle, ein gelungenes Bauwerk, seiner Bestimmung übergeben. Dies ist der erste Schritt auf dem Weg der Neuausrichtung unseres Berufsbildungswerkes. Jetzt werden wir gemeinsam mit der Leitung ein Konzept zur künftigen Gestaltung des BBW erarbeiten und bedarfsgerecht auch umsetzen. Dass dabei neue Ausbildungsrichtungen, neue Kooperationen mit Handwerk, Industrie oder weiteren Berufsbildungsstätten eingebunden werden ist selbstverständlich. Auch die bestehende Bausubstanz muss dabei auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden.

Unsere neue Schule in Johanneskirchen wird ein stattliches und modernes Gebäude. Die Schwierigkeiten und Belastungen mit dem Baufortschritt, den Firmen, den Fachplanern und Architekten werden wir meistern ohne – und das ist ein Auftrag an die Bauverwaltung – dass wir als Auftraggeber und Mittelbereitsteller auf der Strecke bleiben.

Weiter auf der Agenda steht die Gründung eines Industrie- und Arbeiter-Museums für Oberbayern. An diesem Thema werden wir weiterarbeiten und nach einem geeigneten Ort suchen. Die Umsetzung muss schließlich auch mit vielen Beteiligten finanziell darstellbar sein.

Kultur ist Ausdruck unserer Identität und auch wert dass dafür Mittel, Zeit und Investitionen bereitgestellt werden.

Unser Freilichtmuseum auf den Glentleiten braucht ein neues Eingangskonzept, die Gaststätte eine betriebswirtschaftlich durchgeplante Zukunft. Auch dafür sind wir in der CSU bereit, notwendige Entscheidungen zu treffen.

An dieser Stelle bedanken wir uns herzlich bei allen Verantwortlichen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den kulturellen Einrichtungen, in den Schulen und Ausbildungsstätten, im Agrarbildungszentrum, in den Museen, im Volksmusikarchiv, im Trachteninformationszentrum, in der Heimatpflege, im Kultur- und Bildungszentrum Seeon, in den Fachberatungen für Fischerei und Imkerei, im Förderbereich von Kunst, Kultur und Ehrenamt für die tatkräftige Unterstützung und Pflege der oberbayerischen Kultur. Dass zur Unterstützung dieser Kulturarbeit künftig im Bereich der freiwilligen Leistungen eine Stiftung eingerichtet wird, begrüßen wir sehr.

Ein Wort noch zu Seeon. Der Brandschutz, das Konjunkturprogramm haben uns zu enormen Investitionen gezwungen. Das ist gut angelegt und sichert den Betrieb in diesem herrlichen und geschichtsträchtigen Klosterkomplex. Beim Betrieb allerdings sind wir nach wie vor gefordert mit Transparenz und klarer Aufteilung den Wirtschaftsbetrieb der Gaststätte ausgeglichen zu betreiben, den Tagungsbetrieb, wenn möglich kostenneutral, darzustellen und der Kulturbetrieb, da sind wir uns einig, wird ein Zuschussbetrieb bleiben; allerdings darf dieser nicht unter der Kostensituation der anderen Bereiche leiden oder reduziert werden. Hier haben wir einen kulturellen Auftrag.

Das Agrarbildungszentrum in Landsberg ist uns auch lieb und teuer. Zwei Bereiche sind dank des Konjunkturpaketes heuer abgeschlossen und neu gestaltet worden. Es bleibt aber noch viel zu tun. Weitere zwei Laboranlagen sind noch aus den fünfziger Jahren und sanierungsbedürftig.

Unser Denkmalförderprogramm wird stark angenommen und wir sind wegen der großen Nachfrage und in der Verantwortung einer breiten Streuung gezwungen die Förderung prozentual zu reduzieren. Das tragen wir mit. Vielleicht ist es künftig wieder möglich mehr in diesen Fördertopf zu schütten.

Ein besonderer Dank auch an unsere Gutsverwaltung in Haar für den Einsatz und die stets guten Erträge in jeder Richtung.

Am Ende meiner Ausführungen zur Bildung und Kultur gilt unser Dank der Arbeitsgruppe Bau für die politische Begleitung aller Bau- und Investitionsmaßnahmen, sowie der gesamten Bauverwaltung für die geleistete Arbeit in diesem Jahr.

Dass wir uns im Bezirkstag mit unterschiedlichsten Themen zu beschäftigen haben liegt in der großen Breite unserer Aufgabenfelder. Auffallend ist die Flut von Anträgen und Anfragen aus der Fraktion und Gruppierungen. Dabei sind die Linken besonders aktiv. Ob auch effektiv sollen andere beurteilen.

Eine Anmerkung sei gestattet. Ich halte sie beide Mitglieder der Linken für durchaus intelligent und engagiert. Warum beteiligen sie sich nicht so stark wie ihre Energie für ihre geschichtsideologischen Aufarbeitungen für die wirklich wesentlichen Themen unserer Arbeit im Bezirk Oberbayern? Da hätten wir allesamt etwas davon und nicht nur die von ihnen strapazierte Selbstdarstellungsabteilung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

eine Vielzahl von Arbeitsfeldern müssen auch im kommenden Jahr wieder bearbeitet werden. Dazu ist ein abgestimmtes Zahlenwerk wie unser Haushalt notwendig und erforderlich. Die Grundlagen für den Haushalt 2011 sind ausreichend und breit diskutiert, ermittelt und eingestellt worden. Die Umlagekraft sinkt um 6,0%; das bedeutet 60 Mio. Euro Umlagenminderung bei gleichem Hebesatz. Die Ausgaben steigen real um ca. 60 Mio Euro. Zusammen sind das 120 Mio. Euro die zusätzlich umgelegt werden müssen.

Bei 40,0 Mio. Euro je Punkt Bezirksumlage ergeben sich 3,0 Punkte Umlagenenerhöhung. Intensive Kostendämpfungsmaßnahmen und die Vorgabe der Umlagensteigerung unter 3,0 Punkte führt zur bereits öffentlich diskutierten Bezirksumlagenenerhöhung von 2,7%. Wir erreichen damit einen genehmigungsfreien Haushalt, wir haben keine Kreditaufnahme eingeplant, wir können die geplanten Investitionen tätigen und haben 74,0 Mio. Euro mehr für die sozialen Sicherungsmaßnahme eingestellt. Ein wahrhaft sicheres und solides Finanzwerk.

Uns ist bewusst, dass die Umlagenenerhöhung allein von der unteren kommunalen Ebene zu schultern ist. In vielen Landkreisen ist die Kreisumlage mittlerweile weit über 50 Punkte angesiedelt. Hier, und ich wiederhole mich, ist dringend eine Reform der Finanzierung der Sozialausgaben notwendig. Eine erneute Popularklage führt nicht zu mehr Finanzmitteln. Wichtiger scheint mir die ständige bewusste, sachliche und transparente Darstellung unserer wichtigen gewollten sozialen Aufgaben und die dazu notwendigen Finanzmittel. Die CSU-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltentwurf mit einem Bezirksumlagehebesatz von 23,7 Prozentpunkten zu.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich im Namen der CSU-Fraktion ein herzliches Vergelt's Gott sagen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der großen Bezirksverwaltung, in unseren Einrichtungen, in unseren Kommunalunternehmen mit allen Kliniken und Abteilungen, in den sozialen Bereichen und im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.

Ein besonderer Dank gilt allen, die maßgeblich Verantwortung tragen für den Bezirk Oberbayern, an die Führungskräfte, unseren Präsidenten mit seinen Stellvertreterinnen.

Dank gilt auch unserem Kooperationspartner, den Kolleginnen und Kollegen aus der SPD für die konstruktive und offene Zusammenarbeit.

Erleben Sie die nächsten Tage im Advent als besinnliche Vorbereitung auf das weihnachtliche Fest. Ihnen, Ihren Familien und Gemeinschaften ein friedvolles, frohes und freudiges Weihnachten.

Für 2011 wünsche ich Ihnen persönliches Wohlergehen, Zufriedenheit, Mut und Zuversicht, Erfolg und Optimismus. 2011 wird uns alle miteinander wieder zu Entscheidungen herausfordern. Darauf freue ich mich zum Wohl unserer Heimat und aller Bewohner.

Gottes Segen für Sie, unsere Heimat und den Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.